

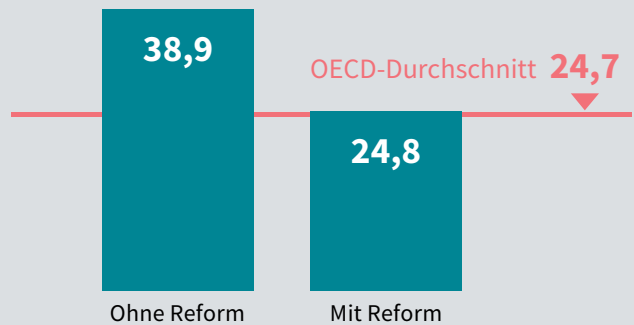
Die US- Steuermauer

US-Steuerreform. Exporte bleiben steuerfrei, Importe werden belastet – dieses Prinzip des Grenzausgleichs auf die Unternehmenssteuer zu übertragen, ist wohl der revolutionärste Teil der von den Republikanern vorgeschlagenen US-Steuerreform. Theoretisch seien die Pläne brillant, aber nicht praxistauglich, findet der BDI-Steuerexperte Ralph Brügelmann. Johannes Becker, Direktor des Instituts für Finanzwissenschaft an der Universität Münster, weist im iwd-Interview außerdem auf unkalkulierbare Wechselkursreaktionen hin.

→ [Seiten 2-4](#)

US-Steuerreform

US-Unternehmenssteuersatz 2016 in Prozent der Gewinne



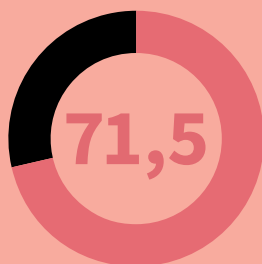
Steuersatz: effektiver Tarif einschließlich Zuschlägen, regionaler Steuern und deren Anrechnung auf die Steuer des Zentralstaats; OECD-Durchschnitt: ungewichtet

Ursprungsdaten: OECD
© 2017 IW Medien / iwd

iw Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Der Süden sucht

Engpassregion Baden-Württemberg



Prozent
der offenen Stellen entfielen
in Baden-Württemberg
2016 auf Engpassberufe

Ursprungsdaten: Bundesagentur für Arbeit
© 2017 IW Medien / iwd

iw Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Fachkräftemangel. Ob Softwarespezialist oder Altenpfleger – der Fachkräftemangel in Deutschland erfasst immer mehr Branchen. Im Süden der Republik entfallen mittlerweile bis zu sieben von zehn offenen Stellen auf sogenannte Engpassberufe. Vor allem bei der Suche nach Fachkräften mit beruflicher Ausbildung sowie nach Experten mit Hochschulabschluss gehen die Unternehmen oft leer aus.

→ [Seiten 8-9](#)

Zulasten der Jungen

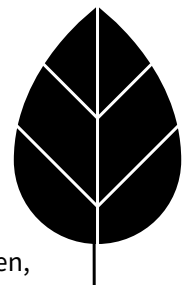
Rentenpolitik. Mütterrente und Rente mit 63 kommen die jungen Generationen in Deutschland noch teuer zu stehen, als die Bundesregierung bislang zugeben will: Laut IW-Studie wird die Mütterrente bereits bis Ende 2017 mehr als 24 Milliarden Euro kosten. Durch die abschlagfreie Rente mit 63 entgehen der Rentenversicherung allein in diesem Jahr knapp 1,2 Milliarden Euro an Abschlagzahlungen.

→ [Seiten 6-7](#)

Firmen zögern

Ökodesign. Beispiele für erfolgreiche Industriegüter, die pfiffiges Design mit umweltfreundlicher Produktion verbinden, gibt es viele. Dennoch nutzt bislang nur rund jedes zweite Industrieunternehmen in Deutschland das Ökodesign, um seine Materialeffizienz zu steigern. Die Vorreiter unter ihnen setzen dabei oft auf eine digitale Vernetzung.

→ [Seiten 10-11](#)



Die eierlegende Wollmilchsau?

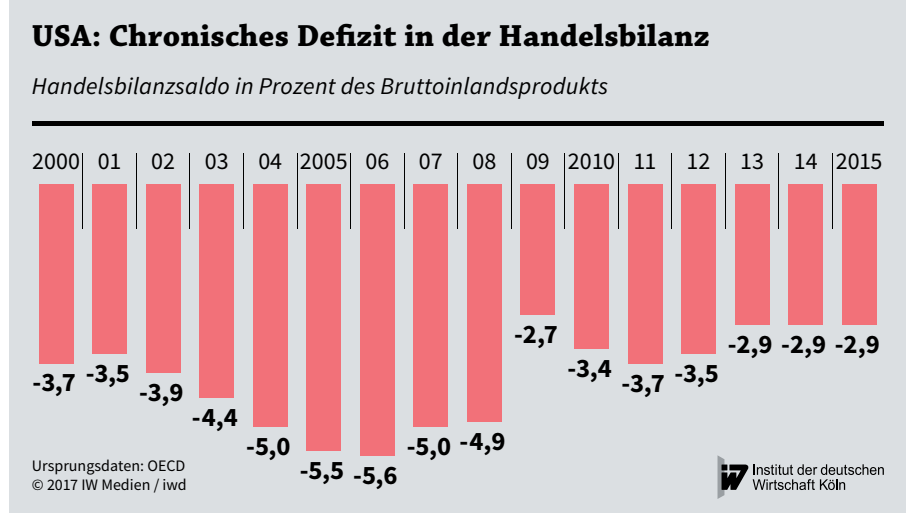
US-Steuerreform. In den USA wird eine geradezu revolutionäre Reform der Unternehmensbesteuerung diskutiert, mit der die weltweiten Besteuerungsprinzipien aufgegeben würden. Die Pläne sind zwar theoretisch brillant, bergen aber viele Risiken. Im schlimmsten Fall droht sogar ein Handelskrieg, sagt **Ralph Brügelmann**, Steuerexperte beim Bundesverband der Deutschen Industrie, in seinem Gastbeitrag.

Dass das US-Steuerrecht dringend reformiert werden muss, steht außer Frage. Denn mit durchschnittlich 38,9 Prozent – 35 Prozent Bundessteuern plus lokale Steuern – langt der amerikanische Fiskus bei Unternehmensgewinnen mehr zu als alle anderen Industrieländer. Ein weiteres Problem besteht darin, dass US-Firmen ihre im Ausland erwirtschafteten Gewinne vor dem Zugriff des Fiskus schützen können – was sie angesichts der hohen Steuern auch fleißig tun.

Um diese Fallstricke zu beseitigen und das US-Wachstum anzukurbeln, wollen die Republikaner die Unternehmenssteuer reformieren:

Bundessteuersatz von 35 auf 20 Prozent senken. Dies ist ein klassisches Instrument, um die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes zu erhöhen. Und tatsächlich würden die USA ihren durchschnittlichen Unternehmenssteuersatz mit der Reform auf 24,8 Prozent reduzieren, also fast exakt auf das OECD-Niveau (Grafik Seite 3). Für die US-Firmen wäre das eine Entlastung um 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts oder 190 Milliarden Dollar pro Jahr.

Das hätte wohl zur Folge, dass andere Länder nachziehen und ebenfalls ihre Steuersätze senken. Auch Deutschland müsste seinen derzeitigen Satz von gut 30 Prozent



dringend überdenken – eine Reform wie in den USA würde die Unternehmen hierzulande um jährlich rund 30 Milliarden Euro entlasten.

Wechsel zur Cashflow-Steuer. Diese Steuer entspricht grundsätzlich der Einnahme-Überschuss-Rechnung, wie sie private Haushalte in Deutschland bei ihrer Steuererklärung anwenden. Die US-Unternehmen könnten also alle Aufwendungen in jenem Jahr steuerlich ansetzen, in dem sie entstehen, einschließlich einer Sofortabschreibung für Investitionen. Anders als im deutschen System wären bei der US-Steuer jedoch Zinszahlungen grundsätzlich nicht steuerlich abziehbar und Zinserträge nicht steuerpflichtig. Das soll mögliche Gewinnverlagerungen verhindern.

Eine Cashflow-Steuer für Unternehmen gibt es derzeit in keinem Industrieland, obwohl Ökonomen ihr viel abgewinnen können (siehe Interview Seite 4). Denn sie lässt die Marginalinvestition – also Investitionen, die sich gerade eben noch lohnen – de facto steuerfrei.

Der Grenzausgleich wäre das revolutionärste Element der US-Steuerreform: Die Erträge eines Unternehmens würden dort versteuert, wo es seine Produkte verkauft – und nicht, wie heute, im Herstellungsland. Importe wären dann nicht mehr steuermindernd vom Gewinn abzugsfähig und Exporte nicht mehr steuerpflichtig. Dieses Prinzip – Belastung der Importe und Steuerbefreiung der Exporte – ist von der Mehrwertsteuer bekannt. Der große

Unterschied: Anders als bei der Mehrwertsteuer könnten die Unternehmen die Löhne, die sie an ihre Mitarbeiter in den USA zahlen, dort steuerlich geltend machen.

Durch den Grenzausgleich würden amerikanische Produkte weltweit mit dem geplanten Unternehmenssteuersatz von 20 Prozent subventioniert. Die In- und Auslandsnachfrage nach US-Produkten dürfte deshalb gleichermaßen steigen. Dadurch sollte, sagt zumindest die volkswirtschaftliche Theorie, der Dollar um 25 Prozent aufwerten.

Mit dem Grenzausgleich verfolgen die Verfechter der Reform zwei Ziele:

Gegenfinanzierung sichern. Die Amerikaner haben ein chronisches Handelsbilanzdefizit, zuletzt belief es sich auf fast 3 Prozent des BIP (Grafik Seite 2). Weil die US-Unternehmen ihre Netto-Importe aber nicht mehr steuerlich abziehen könnten, ergäbe sich bei dem angestrebten Steuersatz von 20 Prozent ein zusätzliches Steueraufkommen von jährlich rund 120 Milliarden Dollar. Der Grenzausgleich würde also fast zwei Drittel der reformbedingten Steuerausfälle gegenfinanzieren.

Gewinnverlagerung stoppen. Der Grenzausgleich würde dafür sorgen, dass Gewinne, die US-Firmen

daheim erwirtschaften, nicht mehr ins Ausland verlagert werden könnten. Denn die Unternehmen werden dort besteuert, wo ihre Kunden sitzen – und die lassen sich, im Gegensatz zu den Gewinnen, nicht nach Belieben hin- und herschieben.

So weit, so gut, man könnte fast glauben, die Amerikaner hätten die eierlegende Wollmilchsau gefunden. Doch es bleiben viele Fragezeichen:

Wertet der Dollar ausreichend auf? Damit die Reform funktioniert, muss der Dollar genau so aufwerten, wie es die Theorie vorhersagt. Doch sowohl das Ausmaß als auch der Zeitpunkt einer Aufwertung ist völlig unklar, denn der Wechselkurs wird nicht nur von den Handelsströmen bestimmt. Und jede unzureichende oder verspätete Aufwertung bedeutet eine enorme Subvention der US-Industrie.

Was sagt die WTO? Ob der Grenzausgleich mit den Regeln der Welthandelsorganisation (WTO) vereinbar wäre, ist ebenfalls ungeklärt. Bislang ist ein solcher Ausgleich nur für Verbrauchssteuern zulässig.

Die Befürworter der Reform interpretieren die neue US-Unternehmensbesteuerung als Mehrwert-

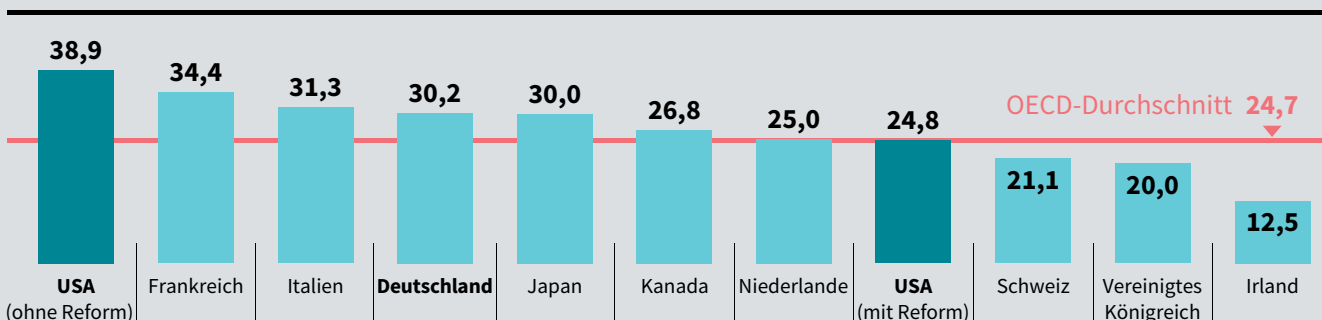
steuer mit Lohnkostenabzug. Dann wäre sie eventuell zulässig. Dies ist jedoch juristisch höchst umstritten; und falls andere Staaten dies nicht so sehen, könnten sie bei der WTO klagen. Weil ein solches Verfahren aber mehrere Jahre dauert, besteht die Gefahr, dass andere Länder unmittelbar Gegenmaßnahmen ergreifen und zum Beispiel Schutzzölle erheben. Im schlimmsten Fall könnte sogar ein Handelskrieg ausbrechen.

Gelten internationale Abkommen zur Unternehmensbesteuerung weiter? Sollte dies nach Einführung der Cashflow-Steuer mit Grenzausgleich nicht der Fall sein, käme es zu einer starken Zunahme der weltweiten Doppelbesteuerungen mit voraussichtlich fatalen Folgen für die Weltwirtschaft. Mit der internationalen Besteuerungssystematik auf Basis von OECD-Vereinbarungen wäre eine solche Steuer nicht kompatibel.

Setzen die USA ihre Pläne tatsächlich um, müssten internationale Unternehmen ihre weltweiten Wertschöpfungsketten voraussichtlich grundlegend umbauen. Mögliche Gegenmaßnahmen könnten dazu führen, dass alle Länder verlieren – auch die USA.

US-Steuerreform: Spürbare Entlastung für Unternehmen

Unternehmenssteuersätze 2016 in Prozent der Gewinne



Steuersatz: effektiver Tarif einschließlich Zuschlägen, regionaler Steuern und deren Anrechnung auf die Steuer des Zentralstaats; OECD-Durchschnitt: ungewichtet

Ursprungsdaten: OECD
© 2017 IW Medien / iwd

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln



Foto: Ritters/IW Köln

Interview. Seit der Wahl Donald Trumps sorgen die US-Pläne, die Unternehmensbesteuerung zu reformieren, weltweit für Aufregung. **Johannes Becker**, Direktor des Instituts für Finanzwissenschaft an der Universität Münster, erklärt, was der Systemwechsel für Europa – insbesondere die Exportnation Deutschland – bedeuten würde.

„Amerika wäre eine riesige Steueroase“

Herr Becker, die US-Steuerpläne werden von Ökonomen einerseits als brillant bezeichnet, andererseits warnen sie vor einem Handelskrieg.

Wenn dieses System global eingeführt würde, könnte es tatsächlich viele Probleme der Unternehmensbesteuerung lösen. Gewinne würden dann dort besteuert, wo die Endkunden sitzen, und nicht – wie heute – am Standort der Produktion. Für die Entscheidung, wo ein Unternehmen produziert, wären Steuern folglich irrelevant.

Aber würden eine steuerliche Freistellung von Exporten und eine Besteuerung von Importen nicht den Handel verzerren?

Es scheint zunächst so, als würden US-Exporteure bevorteilt und ausländische Importeure – etwa aus der EU – bestraft. Doch die Reform würde zu einer Aufwertung des Dollars gegenüber dem Euro führen. Europäische Unternehmen würden dann zwar in Dollar gerechnet durch die Steuer belastet, durch die Aufwertung aber entschädigt. In gleichem Maße verlieren die scheinbar subventionierten US-Unternehmen, denn deren europäische Einnahmen werden durch die Aufwertung weniger wert sein.

Es kommt also vor allem darauf an, ob der Dollar so stark aufwertet, wie es die Theorie voraussagt.

Richtig, und die Aufwertung müsste substantiell sein: Bei einem US-Steuersatz von 20 Prozent müsste der Dollar um 25 Prozent aufwerten, um die europäischen Unternehmen voll zu kompensieren – das hätte sicherlich enorme Nebenwirkungen.

Was passiert, wenn die USA das neue Steuersystem einseitig einführen?

Wenn die Wechselkursanpassung so funktioniert wie angenommen, wären die deutschen Exporteure de facto von der US-Steuer befreit. Gleichzeitig zahlen sie in Deutschland nur Steuern auf das hier verbuchte Einkommen – und je weniger Einkommen anfällt, desto geringer die Steuerlast. Kurz gesagt: Amerika würde zu einer riesigen Steueroase mit einem effektiven Steuersatz von null.

Das klingt doch – aus europäischer und deutscher Sicht – durchaus verlockend.

Richtig, und das steht in einem eigentümlichen Widerspruch zu Trumps „America first!“-Rhetorik. Allerdings würden wir unter erheblichen Druck geraten, unsere Steuern zu senken und deren Bemessungsgrundlage zu erhalten.

Denn wofür werden sich die Unternehmen schon entscheiden, wenn sie die Wahl zwischen 0 und 30 Prozent Steuern haben? Sie würden ihre Aktivitäten natürlich in die USA verlagern – und das wäre ein großes Problem.

Was glauben Sie, Herr Becker – wird die neue Steuer kommen?

Ich bezweifle das. Mittlerweile wächst der Widerstand in der US-Administration, und es gibt eine starke Lobby gegen das neue System: Vor allem der US-Einzelhandel befürchtet höhere Einfuhrpreise – und das im größten Importland der Welt.

Kiel setzt auf Kooperationen

Wahl. Am 7. Mai wird in Schleswig-Holstein ein neuer Landtag gewählt. Das zweitkleinste deutsche Flächenland ist wirtschaftlich nicht unbedingt führend, doch Kooperationen mit anderen Bundesländern sollen Kiel zukunftsfit machen.

Schleswig-Holstein, das sind Sylt (Tourismus), Kiel (Landeshauptstadt und Segelsport), Lübeck (Marzipan und Thomas Mann) und sehr viel Wind. Industrie? Eher Fehlanzeige. Im nördlichsten Bundesland trägt das Verarbeitende Gewerbe gerade mal 14 Prozent zur Wirtschaftsleistung bei (Grafik).

Zudem hat sich der industrielle Sektor in der laufenden Legislaturperiode unter der amtierenden rot-grün-dänischen Koalition nur unterdurchschnittlich entwickelt. Entsprechend mager fällt das Bruttoinlandsprodukt (BIP) aus:

Das BIP pro Kopf betrug in Schleswig-Holstein zuletzt gut 30.000 Euro, im Bundesländer-ranking reichte das gerade mal für Platz elf.

Umgekehrt ist die Arbeitslosenquote mit 6,3 Prozent etwas höher als im Bundesdurchschnitt.

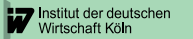
Um wieder auf Erfolgskurs zu kommen, hat Ministerpräsident Torsten Albig (SPD) Ende vergangenen Jahres den Entwurf zu einer „Landesentwicklungsstrategie Schleswig-Holstein 2030“ präsentiert. Die elf aufgeführten strategischen Leitlinien zielen vor allem auf die Stärkung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ab – insbesondere auf zwei Feldern:

- Beim Thema **Schutz und Nutzung natürlicher Ressourcen** ist man bereits recht erfolgreich. Mit 6.449 Megawatt wies Schleswig-Holstein

Schleswig-Holstein in Zahlen

	Schleswig-Holstein	Deutschland
Bruttoinlandsprodukt je Einwohner 2015 in Euro	30.482	37.128
Arbeitslosenquote 2016 in Prozent	6,3	6,1
Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung 2016 in Prozent	14,3	22,6
Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe, Wachstum 2012 bis 2016 in Prozent	5,6	13,3

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder
© 2017 IW Medien / iwd

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

2016 die zweitstärkste Windkraftanlagenleistung Deutschlands auf; auch hinsichtlich des Ausbaus ist Kiel mit 212 neu installierten Windkraftanlagen im Jahr 2016 spitze.

- Der **Ausbau der Digitalisierung** kann sich ebenfalls sehen lassen. Bei der Breitbandversorgung mit mindestens 50 Megabit pro Sekunde lag Schleswig-Holstein Mitte 2016 bundesweit auf Rang fünf. Ein digitales Netzwerk, in dem vier ortsansässige Hochschulen und zwei Institute den schleswig-holsteinischen Mittelstand auf dem Weg in die Industrie 4.0 unterstützen sollen, wird aber erst im Herbst seine Arbeit aufnehmen.

Als äußerst nützlich dürfte sich in puncto Digitalisierung die Nähe zur Metropolregion Hamburg erweisen.

Die Hansestadt, in die rund 18 Prozent der berufstätigen Schleswig-Holsteiner zur Arbeit pendeln, ist Teil der „Digital Hub Initiative“ des Bundeswirtschaftsministeriums, das die bundesweite Vernetzung digitaler Knotenpunkte sowie deren Ausbau und Vermarktung forciert.

Auch in anderen Zukunftsbranchen setzt Schleswig-Holstein auf Kooperationen. Zusammen mit Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg und Niedersachsen wurde beispielsweise das „Maritime Cluster Norddeutschland“ aus der Taufe gehoben, das die Zusammenarbeit in der Schifffahrt, der Meerestechnik, der Offshore-Branche sowie in den dazugehörigen wissenschaftlichen Institutionen fördert.

Die Jungen sind die Dummen

Rentenpolitik. Mit der Mütterrente und der abschlagfreien Rente mit 63 hat die Große Koalition aus CDU/CSU und SPD nach der Wahl von 2013 Geschenke verteilt. Neue Berechnungen des IW Köln zeigen jetzt: Die beiden Neuregelungen kommen die Jungen teurer zu stehen als seitens der Regierung veranschlagt. Würde die Mütterrente noch einmal ausgeweitet, wie es die CSU erwägt, wären die Zusatzkosten immens.

Ob Hamburger Elbphilharmonie, Kölner U-Bahn oder Berliner Flughafen – die Kosten vieler Großprojekte liegen weit über dem einst veranschlagten Preis. Eine neue IW-Studie verdeutlicht: Dieser Befund gilt nicht nur für prestigeträchtige Infrastrukturprojekte, sondern auch für sozialpolitisch motivierte Gesetzesänderungen. Konkret haben sich die IW-Wissenschaftler mit der Mütterrente beschäftigt und mit der Option, bereits mit 63 Jahren abschlagfrei in Rente zu gehen:

Mütterrente. Bevor sie im Juli 2014 in Kraft trat, erhielten Mütter,

deren Kinder vor 1992 geboren wurden, lediglich einen Entgeltpunkt respektive ein Erziehungsjahr für die Rente gutgeschrieben. Durch die Neuregelung sind es zwei Jahre beziehungsweise Punkte. Im Ergebnis kostete diese Besserstellung der Mütter allein im zweiten Halbjahr 2014 rund 3,3 Milliarden Euro. Laut Bundesregierung sollten die Ausgaben 2015 bei 6,7 Milliarden liegen und bis 2030 auf rund 6,1 Milliarden Euro jährlich sinken.

Doch diese Zahlen sind wenig realistisch: Die Regierung rechnet mit „heutigen Werten“, vernachlässigt

also die regelmäßigen Rentenerhöhungen. So lagen die Kosten für die Mütterrente schon 2015 bei geschätzt 6,8 Milliarden Euro (Grafik).

In der aktuellen Legislaturperiode – also bis Ende 2017 – dürften sich die Zusatzkosten der Mütterrente auf 24,3 Milliarden Euro summieren.

Und im Jahr 2030 werden wahrscheinlich 8,7 Milliarden Euro zusätzlich anfallen – und nicht die von der Bundesregierung avisierten 6,1 Milliarden Euro.

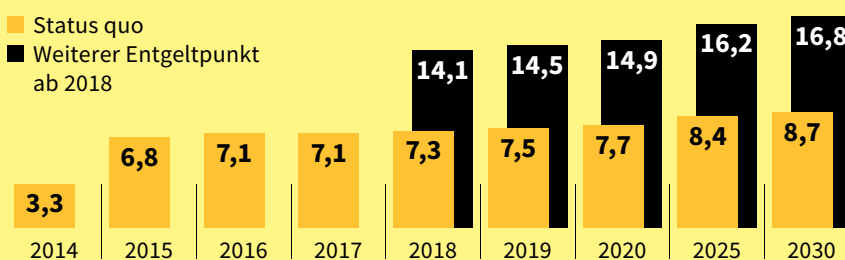
Trotz dieser beträchtlichen Mehrkosten liebäugelt die CSU damit, die Mütterrente noch einmal aufzustocken: Mütter mit Kindern, die vor 1992 geboren wurden, sollen künftig drei statt zwei Jahre als Erziehungszeit angerechnet bekommen – so wie schon heute alle Mütter, die nach 1992 Kinder bekommen haben.

Käme es zu dieser neuerlichen Ausweitung der Mütterrente, wären zwischen 2018 und 2030 noch einmal knapp 98 Milliarden Euro zusätzlich zu finanzieren.

Bis dahin sind aber bereits für das gerade erst eingeführte zweite Erziehungsjahr 106 Milliarden Euro zusätzlich zu schultern. Dafür gerastehen müssten wieder all jene jungen Menschen, die schon jetzt im Rentensystem auch ohne Besserstel-

Milliarden für die Mütterrente

Kosten für die Anrechnung von zusätzlichen Erziehungszeiten für vor 1992 geborene Kinder in Milliarden Euro



Status quo: zusätzlich ein Entgeltpunkt seit Juli 2014, Hochrechnung der ursprünglich im Gesetzentwurf 2014 unterstellten Ausgabenentwicklung, die ohne jährliche Rentensteigerung berechnet wurde, mithilfe der im Rentenversicherungsbericht 2016 prognostizierten Entwicklung des aktuellen Rentenwerts bis 2030

Weiterer Entgeltpunkt ab 2018: einschließlich Korrektur der Entwicklung des aktuellen Rentenwerts aufgrund höherer Aufwendungen für die Mütterrente

Ursprungsdaten: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bundesregierung
© 2017 IW Medien / iwd

IW Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

lung der Mütter die erheblichen Lasten des demografischen Wandels zu schultern haben.

Rente mit 63. Parallel zur Mütterrente hat die Koalition aus CDU/CSU und SPD im Juli 2014 die abschlagfreie Rente mit 63 eingeführt: All jene, die mindestens 45 Versicherungsjahre nachweisen können, dürfen nun bereits deutlich vor dem offiziellen Renteneintrittsalter ohne Abschläge aus dem Berufsleben ausscheiden. Das wirkt ganz offensichtlich als Anreiz zur Frühverrentung (Grafik):

Im Jahr 2012 gingen 12.300 langjährig Versicherte vorzeitig in den Ruhestand. Im Jahr 2014, als die Neuregelung in Kraft trat, waren es gut 151.000 und 2015 bereits mehr als 274.000.

Die Rente mit 63 verursacht erhebliche Kosten für die Gesellschaft. Die Beitragszahler müssen höhere Lasten schultern, weil die Rentenversicherung auf Abschläge verzichtet, die die vorzeitigen Berufsaussteiger eigentlich hätten zahlen müssen:

Allein im Jahr 2017 entgehen der Rentenversicherung durch die Rente mit 63 knapp 1,2 Milliarden Euro an Abschlagzahlungen.

Diese Summe steigt über die Jahre an, da immer neue „Frührentner“ hinzukommen, denen keine Abschläge in Rechnung gestellt werden. Entsprechend wirkt die Kalkulation der Bundesregierung, dass im Jahr 2025 nur 2 Milliarden Euro jährlich zusätzlich zu stemmen sein werden, sehr optimistisch.

Deutlich höher würde die Rechnung ausfallen, wenn man davon ausgeht, dass besonders langjährig versicherte Arbeitnehmer ohne dieses Privileg bis zur Regelaltersgrenze arbeiten würden. Wie hoch deren Anteil tatsächlich ist, lässt sich allerdings nicht seriös berechnen. Schließlich weiß man nicht genau,

Rente mit 63: Der Anreiz wirkt – und kostet

Zahl der vorzeitigen Renteneintritte besonders langjährig Versicherter

Ab 2014: abschlagfreie Rente mit 63


	2012	2013	2014	2015
Männer	10.555	13.756	109.596	161.949
Frauen	1.751	2.441	41.560	112.338
Insgesamt	12.306	16.197	151.156	274.287

Kosten, die durch den Verzicht auf Abschläge bei vorzeitigem Rentenbezug entstehen, in Milliarden Euro

	2014	2015	2016	2017
Für den Rentenzugang 2014	0,14	0,14	0,15	0,15
Für den Rentenzugang 2015		0,34	0,34	0,35
Für den Rentenzugang 2016			0,34	0,34
Für den Rentenzugang 2017				0,34
Insgesamt	0,14	0,48	0,82	1,18

Besonders langjährig Versicherte: mindestens 45 Versicherungsjahre, in denen entweder Pflichtbeiträge gezahlt wurden oder die als Erziehungszeiten oder für nicht erwerbsmäßige Pflege angerechnet werden

Ursprungsdaten: Deutsche Rentenversicherung
© 2017 IW Medien / iwd

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

wer erst durch die Abschlagfreiheit dazu motiviert wurde, vorzeitig die Arbeit einzustellen, und wer auch mit Abschlägen bereits mit 63 den Dienst quittiert hätte.

Der Einfluss der Rente mit 63 dürfte allerdings erheblich sein, denn allein 2015 war ein Viertel der

Neurentner Nutznießer des neu geschaffenen Privilegs.

Ebenso schwer zu beziffern sind die finanziellen Folgen für die deutsche Gesellschaft, wenn gut qualifizierte Fachkräfte mit viel Berufserfahrung vorzeitig aus dem Job ausscheiden.

IW policy paper 3/2017

Jochen Pimpertz: Kosten der schwarz-roten Rentenpolitik – eine Heuristik
iwkoeln.de/rentenheuristik

IW-Analysen Nr. 115

Susanna Kochskämper, Jochen Pimpertz: Die gesetzliche Alterssicherung auf dem Prüfstand
iwkoeln.de/alterssicherung



Altersvorsorge anschaulich erklärt

Gesetzliche Rentenversicherung, betriebliche und private Altersvorsorge, Umlageverfahren, Altersarmut – kaum einer hat beim Thema Rente noch den Durchblick.

Deshalb hat der iwd ein interaktives Video rund um die Altersvorsorge gedreht: Jochen Pimpertz, Leiter des Kompetenzfelds „Öffentliche Finanzen, Soziale Sicherung, Verteilung“ im Institut der deutschen Wirtschaft Köln, erklärt anschaulich die komplexen Zusammenhänge – und wer zu einem Aspekt mehr wissen will, ist nur einen Klick von einer Grafik oder einer detaillierteren Erläuterung entfernt:



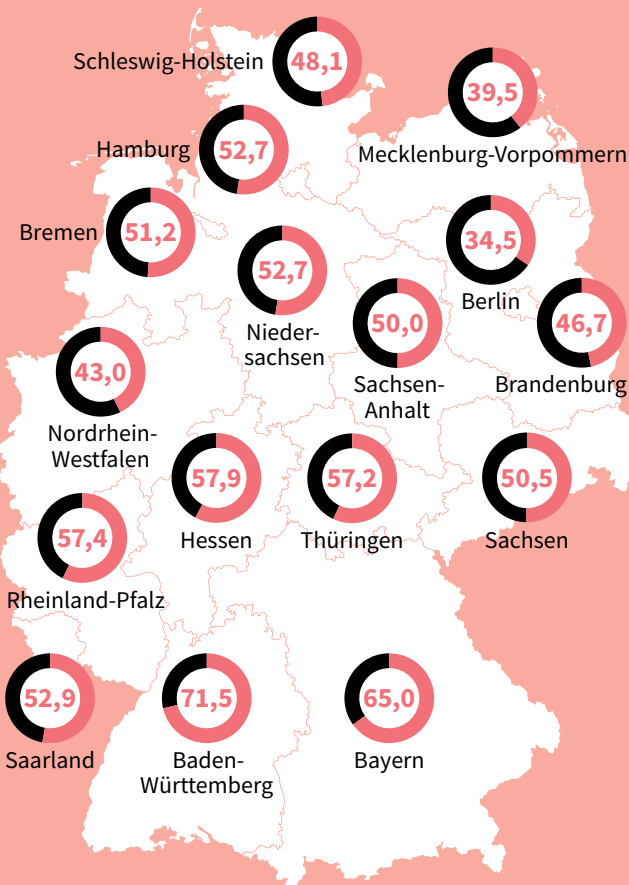
iwd.de/rentenvideo

Was in Berlin funktioniert, ist in Stuttgart ein Problem

Fachkräftemangel. Die Fachkräfteengpässe auf dem deutschen Arbeitsmarkt nehmen zu, sie sind aber nicht flächendeckend. Tatsächlich entscheiden die Region, die gewünschte Fachrichtung und das Qualifikationsniveau darüber, ob ein Unternehmen Schwierigkeiten hat, passende Bewerber für offene Stellen zu finden.

Engpässe nach Regionen

So viel Prozent der offenen Stellen entfielen im Monatsdurchschnitt 2016 auf Engpassberufe



Engpassberufe: Berufe, auf die pro gemeldete Stelle weniger als zwei Arbeitslose kommen

Ursprungsdaten: Bundesagentur für Arbeit
© 2017 IW Medien / iwd

iw Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Der Fachkräftemangel, der lange nur für Berufe im mathematisch-naturwissenschaftlichen und technischen Bereich ausgerufen wurde, erfasst inzwischen immer mehr Branchen: Ingenieure, Pflegekräfte und Lehrer fehlen ja schon länger, doch mittlerweile sind in einigen Regionen Deutschlands auch Fachkräfte in der öffentlichen Verwaltung, Softwareentwickler und Speditionskaufleute knapp. Garten- und Landschaftsbauer sucht so mancher Arbeitgeber derzeit ebenfalls vergeblich.

Rein rechnerisch liegt ein Fachkräfteengpass vor, wenn das Verhältnis von Arbeitslosen zu gemeldeten Stellen weniger als zwei zu eins beträgt. Klingt unlogisch, ist aber der Tatsache geschuldet, dass die Unternehmen der Bundesagentur für Arbeit nur etwa jede zweite vakante Stelle melden.

Nun sagt allerdings die Engpassrelation für einzelne Berufe noch nichts darüber aus, wie groß die Besetzungsprobleme der Unternehmen in einer Region oder in Deutschland insgesamt sind. Darüber informiert die sogenannte Engpassquote. Sie gibt an, wie viele Stellen innerhalb einer Region in Engpassberufen im Verhältnis zu Nicht-Engpassberufen ausgeschrieben wurden.

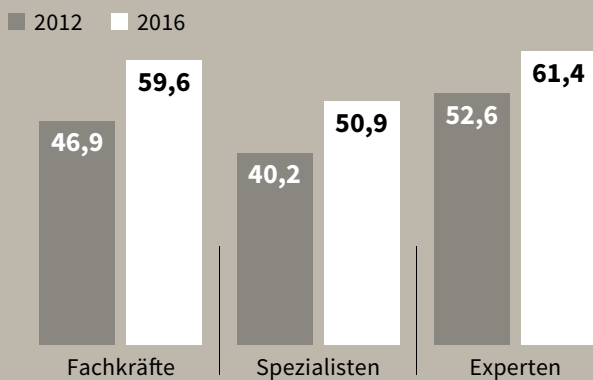
Blickt man auf die Quote in den einzelnen Bundesländern, dann zeigt sich, dass vor allem viele Arbeitgeber im Süden Deutschlands händeringend nach Arbeitskräften suchen (Grafik):

Im Jahr 2016 waren im Durchschnitt aller Monate in Baden-Württemberg über 70 Prozent der Stellen schwer zu besetzen, in Bayern wurden fast zwei Drittel aller Jobs in Engpassberufen ausgeschrieben.

Ganz anders in Berlin: In der Hauptstadt betrug die durchschnittliche Engpassquote im vergangenen Jahr


Engpassfaktor Fachkräfte

So viel Prozent der offenen Stellen entfielen im Monatsdurchschnitt 2016 auf Engpassberufe auf diesem Qualifikationsniveau



Engpassberufe: Berufe, auf die pro gemeldete Stelle weniger als zwei Arbeitslose kommen; Fachkräfte: in der Regel beruflich Ausgebildete; Spezialisten: zum Beispiel Meister oder Techniker; Experten: in der Regel Hochschulabsolventen

Ursprungsdaten: Bundesagentur für Arbeit
© 2017 IW Medien / iwd

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

lediglich 35 Prozent – somit war es nur bei jeder dritten Vakanz schwierig, einen geeigneten Bewerber zu finden.

Auch im Ost-West-Vergleich gibt es Unterschiede. Aktuell ist die Situation für Arbeitgeber im Osten etwas weniger angespannt als in Westdeutschland. Doch das wird nicht so bleiben. Bereits in den vergangenen fünf Jahren hat sich die Situation deutlich verschärft. Und innerhalb der nächsten zehn Jahre wird in Ostdeutschland fast eine halbe Million sozialversicherungspflichtig Beschäftigter das gesetzliche Rentenalter erreichen – das ist jeder fünfte Arbeitnehmer.

Hinzu kommt, dass junge Leute aus ländlichen Regionen vermehrt in größere Städte ziehen. Für ostdeutsche Betriebe abseits der Ballungszentren dürfte die Personalgewinnung also zusehends schwieriger werden.

Eine große Rolle für die künftige Engpassentwicklung spielt aber auch das Qualifikationsniveau. Obwohl immer mehr junge Leute einen Hochschulabschluss erwerben, ist der Stellenmarkt für Akademiker aus Arbeitgebersicht besonders angespannt (Grafik):

Gut 61 Prozent aller Stellen für Akademiker waren im Monatsdurchschnitt 2016 schwer zu besetzen – 2012 traf dies erst auf rund die Hälfte der Expertenjobs zu.

Noch schneller ist in den vergangenen vier Jahren allerdings die Lücke für Fachkräfte gewachsen, also für jene Personen, die einen Ausbildungsabschluss haben. In diesem Segment vergrößerte sich der Engpass bundesweit um fast 13 Prozentpunkte auf nunmehr rund 60 Prozent.

Betrachtet man nicht den Anteil, sondern die Zahl der Stellen, die schwer zu besetzen sind, entfielen die meisten – mehr als 240.000 – im Jahr 2016 auf Jobs für beruflich Qualifizierte.

Doch auch nach Spezialisten wie Meistern und Technikern halten viele Unternehmen vergeblich Ausschau: Auf diesem Qualifikationsniveau wird mittlerweile rund die Hälfte aller offenen Stellen in Engpassberufen ausgeschrieben.

Insgesamt waren im Jahr 2016 deutschlandweit im Schnitt 269 Berufe von Fachkräftengpässen betroffen, 58 Berufe mehr als noch vor fünf Jahren. Besonders groß sind die Engpässe in technischen Berufen wie dem Elektrotechniker und in Gesundheitsberufen wie dem Hörgeräteakustiker. Doch auch in den Sicherheitsberufen fehlen Bewerber, zum Beispiel als Detektive und im Brandschutz.

Um Fachkräftengpässe vollständig darzustellen, sind also drei Kriterien nötig: die Region, die Qualifikation und die Fachrichtung. Dies zeigt folgendes Beispiel in Schleswig-Holstein: In Elmshorn kamen im Monatsdurchschnitt 2016 auf 100 gemeldete Stellen in der Metallerzeugung und -bearbeitung 69 Arbeitslose mit einer passenden beruflichen Qualifikation, im nur etwa zwei Autostunden entfernten Flensburg waren es 652 Arbeitslose je 100 gemeldete Arbeitsstellen. Dennoch herrscht in Elmshorn kein berufsübergreifender Fachkräftemangel, wie der Blick auf eine andere Berufsgruppe zeigt: In der Touristik- und Hotelwirtschaft standen dort nämlich je 100 Stellen 397 Arbeitslose gegenüber, in Flensburg hingegen nur 190, was einem leichten Engpass entspricht.

Wer gegen den Fachkräftemangel vorgehen möchte, muss also je nach Region und Beruf nach passgenauen Lösungen suchen. So empfiehlt es sich für Unternehmen, die in ihrer näheren Umgebung keine Fachkräfte finden, Stellen auch überregional auszuschreiben. Bewerbungsgespräche mit Kandidaten, die weiter entfernt wohnen, können über Videotelefonie realisiert werden. Wird ein Bewerber tatsächlich eingestellt, bietet sich für die Arbeitsorganisation das fallweise Arbeiten von Zuhause an, um den Pendelaufwand zu reduzieren.

Wie Betriebe die Mobilität ihrer Mitarbeiter bestmöglich unterstützen können und welche externen Angebote es gibt, zeigt das Kompetenzzentrum Fachkräftesicherung (kofa.de).

Studie

Alexander Burstedde, Paula Risius: Fachkräftengpässe in Unternehmen – Regionale Fachkräftesituation und Mobilität
iwkoeln.de/fachkraefteengpaeisse

Stoffe, Lacke, Fahrradanhänger

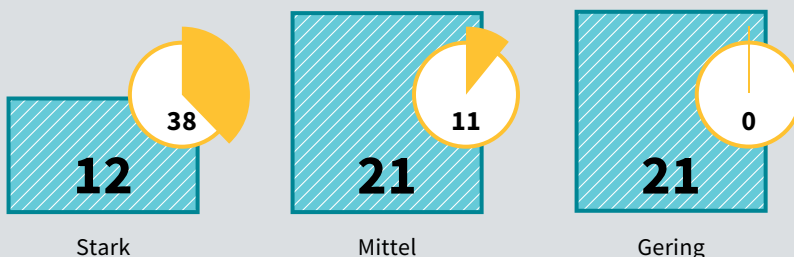
Ökodesign. Möglichst ressourcenschonende Produkte zu entwickeln, kommt nicht nur der Umwelt zugute, sondern kann den Unternehmen auch helfen, Kosten zu sparen. Bislang wagen sich aber nur die Hälfte der Industriefirmen in Deutschland auf dieses Feld – und die wenigsten von ihnen mit Nachdruck.

Ökodesign: Wenn, dann oft mit digitaler Hilfe

Ökodesign bedeutet, bei der Entwicklung eines Produkts dessen gesamten Lebenszyklus zu berücksichtigen: von der Herstellung über die Nutzung bis hin zur Entsorgung. So sollen der Ressourcen- und Energieverbrauch, die Verwendung von Schadstoffen sowie Emissionen und Abfälle bei optimaler Funktion des Produkts minimiert werden.

So viel Prozent der Industrieunternehmen in Deutschland setzen in diesem Maß auf Ökodesign, um ihren Materialeinsatz zu verringern

■ davon: mithilfe einer hohen digitalen Vernetzung in Prozent



Befragung von 589 Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes im Sommer 2016;
Rest zu 100: bisher kein Ökodesign oder Ökodesign ungeeignet

Quelle: IW-Zukunftspanel
© 2017 IW Medien / iwd

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Die berühmten – vor 24 Jahren erfundenen – Schweizer Freitag-Taschen aus gebrauchten Lkw-Planen haben wohl die Erfolgsgeschichte des Ökodesigns schlechthin geschrieben. Doch: „Ecodesign ist mehr als energieeffiziente Kühlschränke und Taschen aus Recyclingmaterial“, heißt es auf der Webseite des Bundespreises Ecodesign.

Zu den Preisträgern der vergangenen Jahre zählt zum Beispiel der österreichische Bekleidungs- und Taschenhersteller QWSTION mit einem Regenmantel aus Bio-Baumwolle, der durch seine Webart regendicht ist, aber ohne chemische Beschichtung auskommt. Der Chemiekonzern BASF wurde für einen Autolack prämiert, der die

wärmenden Infrarotstrahlen des Sonnenlichts reflektiert und so die Innenraumtemperatur von Autos um bis zu 4 Grad niedriger hält. Dadurch muss die Klimaanlage nicht so stark hochgefahren werden, was wiederum Sprit spart und die CO₂-Emissionen vermindert.

Ein drittes Beispiel: Auch ein zu 100 Prozent aus Kunststoff gefertigter Solarkollektor kann Ökodesign sein – und zwar nicht nur, weil er hilft, aus erneuerbaren Energien Wärme zu erzeugen, sondern auch, weil er viel ressourcenschonender und energiesparender zu produzieren ist als vergleichbare Kollektoren aus Kupfer und Aluminium.

Kurz gesagt: Beim Ökodesign geht es darum, dass Industrieerzeugnisse so umweltfreundlich wie möglich sind. Diese Anforderung bezieht sich zum einen auf den Gebrauch und zum anderen auf die Herstellung und die Entsorgung. Ziel ist es, den Material- und Energieverbrauch sowie die Schadstoffe und Emissionen über den gesamten Lebenszyklus hinweg zu minimieren. Dazu müssen Produkte:

- besonders langlebig sein,
- sich gut auseinandernehmen und in ihre einzelnen Bestandteile trennen lassen

- sowie recycelbar und/oder leicht zu reparieren sein.

Wenn ein Produkt dann auch noch so praktisch und multifunktional ausgelegt ist wie der 2015 ebenfalls mit dem Bundespreis Ecodesign ausgezeichnete Lastenanhänger fürs Fahrrad, unterstützt es überdies den grünen Lebensstil seines Nutzers.

Die Europäische Union forciert diese Idee seit 2005 mit der Ökodesign-Richtlinie (Kasten). Angewendet werden darf sie allerdings nur auf Produkte, die bestimmte Mindestanforderungen etwa in puncto Verkaufsmenge erfüllen. Zunächst erstreckte sich die EU-Richtlinie nur auf Energiebetriebenes wie Waschmaschinen und Kühlschränke. Inzwischen bezieht sie auch Produkte ein, die für den Energieverbrauch relevant sind. Das gilt beispielsweise für Fenster, die besonders wenig Wärme entweichen lassen, und

Duschköpfe, die den Durchlauf von warmem Wasser begrenzen.

Unabhängig von der EU-Richtlinie nutzen in Deutschland bislang recht wenige Unternehmen die Idee des Ökodesigns, um ihre Materialeffizienz zu steigern:

Rund 37 Prozent der im Rahmen des IW-Zukunftspanels befragten Industriefirmen sagen, an ihren Produkten ließe sich mithilfe von Ökodesign kein Material sparen.

Dies betrifft vor allem kleinere Betriebe. Weitere 9 Prozent der Unternehmen achten noch nicht auf umweltfreundliches Produktdesign und 21 Prozent tun dies nur in geringem Maß. Das erscheint zumindest vor dem Hintergrund erstaunlich, dass eine verbesserte Materialeffizienz nicht nur die Umwelt schont, sondern auch Produktionskosten verringern kann.

Bei jenen 12 Prozent der deutschen Unternehmen, die Ökodesign

großschreiben, fällt vor allem eins auf (Grafik Seite 10):

Vier von zehn Herstellern mit einem starken Fokus auf Ressourcenschonung in der Produktentwicklung setzen auf eine gute digitale Vernetzung, um dieses Ziel zu erreichen.

Damit sind sie überdurchschnittlich fortschrittlich aufgestellt. Denn von denjenigen Unternehmen, die Ökodesign nur mäßig oft oder kaum einsetzen, hat lediglich jedes neunte beziehungsweise keins seine interne und externe digitale Vernetzung forciert.

Dass ressourcenschonendes Produktdesign und Digitalisierung oft Hand in Hand gehen, hat vor allem einen Grund: Wenn ein Hersteller mit seinen Lieferanten und Kunden digital verbunden ist, hilft ihm das, Innovationspotenzial zu heben und seine Prozesse und Produkte zu optimieren.

Ökodesign in der Gesetzgebung

- ▶ **Die Ökodesign-Richtlinie der EU** existiert seit 2005. Sie wurde über das Energiebetriebene-Produkte-Gesetz in deutsches Recht überführt. Daraus folgten unter anderem die Regulierung des Stand-by-Verbrauchs und das Verbot von Glühbirnen. Im Jahr 2009 bezog die EU auch energieverbrauchsrelevante Produkte in ihre Richtlinie ein, Deutschland setzte dies 2011 in nationales Recht um.
- ▶ **Angewendet** werden darf die Richtlinie allerdings nur auf Produkte, die in der EU in größeren Mengen verkauft und gehandelt werden, die erhebliche Umweltauswirkungen haben und deren Umweltverträglichkeit sich spürbar und relativ kostengünstig verbessern lässt.
- ▶ **Gezielte Ökodesign-Anforderungen** für einzelne Produkte oder Produktgruppen legt die EU in sogenannten Durchführungsmaßnahmen fest, die dann mittels Verordnung erlassen werden. Einer Durchführungsmaßnahme gehen in aller Regel gründliche Studien voraus.
- ▶ Beinhalten kann eine solche Maßnahme dann **konkrete technische Vorgaben für ein Produkt** – so brauchen zum Beispiel Waschmaschinen für den Haushalt ein 20-Grad-Programm – oder auch Pflichtangaben für die Bedienungsanleitung. Außerdem kann die EU auf die Einhaltung bestimmter

messbarer Grenzwerte pochen, etwa den Energieverbrauch von Haushaltsgeräten reglementieren oder die Mindestbrenndauer von Lampen vorgeben.

- ▶ Hält ein Produkt alle EU-Vorschriften ein, darf der Hersteller dies mit dem **CE-Kennzeichen** dokumentieren. Es besagt: Dieses Produkt darf in der EU verkauft und benutzt werden.
- ▶ Nun will die EU die Ressourceneffizienz weiter vorantreiben und hat dazu Ende 2015 einen **Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft** vorgelegt. Im Rahmen eines Arbeitsprogramms für die Jahre 2016 bis 2019 soll der Beitrag des Ökodesigns zur Kreislaufwirtschaft ausgeweitet werden. Künftige Durchführungsmaßnahmen sollen demnach über die Energieeffizienz hinausreichende Kriterien einbeziehen, dazu gehören Nachhaltigkeit, Reparierbarkeit, Nachrüstbarkeit, demontagefreundliche Konstruktion, einfache Wiederverwendung und Recyclingfähigkeit.
- ▶ Dies könnte ein **kompliziertes Vorhaben** werden. Die Kunst wird für die EU-Kommission darin bestehen, mit ihren neuen Regeln zur Materialeffizienz die Energieeffizienz nicht zu torpedieren, sämtliche Kriterien überprüfbar zu gestalten und den Wettbewerb um Materialien und Technologien nicht durch zu spezifische Vorgaben auszubremsen.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln
Chefredakteur: Ulrich von Lampe
(verantwortlich)
Stellv. Chefredakteur: Jork Herrmann
Redaktion: Andreas Wodok (Textchef),
Irina Berenfeld, Carsten Ruge, Berit Schmiedendorf,
Sara Schwedmann, Alexander Weber
Redaktionsassistent: Ines Pelzer
Grafik: IW Medien GmbH
Telefon: 0221 4981-523
Fax: 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de
Bezugspreis:
€ 9,01/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten,
inkl. Mehrwertsteuer,
Erscheinungsweise 14-täglich

Abo-Service: Therese Hartmann,
Telefon: 0221 4981-443,
hartmann@iwkoeln.de
Verlag:
Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, Fax: 0221 4981-445
Druck: Henke GmbH, Brühl

Rechte für den Nachdruck oder die
elektronische Verwertung über:
lizenzen@iwkoeln.de

iw.köln.wissen
SCHAFFT KOMPETENZ.

Top-Liste: Im Namen des Verbrauchers

Das war nicht im Sinne der Konsumenten: In den 1970er Jahren begannen die sechs größten Zementhersteller Deutschlands, Absprachen über zu beliefernde Gebiete und Lieferquoten zu treffen. Und 21 Produzenten von Wurstwaren taten sich über mehr als zehn Jahre zusammen, um gemeinsam Preiserhöhungen gegenüber dem Einzelhandel durchzusetzen. Zum Glück hat der deutsche Staat eine Instanz, die solchen wettbewerbsverzerrenden Praktiken einen Riegel vorschiebt: das Bundeskartellamt. Offenbar verrichtet die Behörde ihre Arbeit recht effizient. Denn das Amt kam im Jahr 2015 mit einem Budget von knapp 29 Millionen Euro aus. Der Nutzen, den seine Kartellverbote den Verbrauchern allein von 2009 bis 2014 brachten, wird dagegen auf 2.760 Millionen Euro geschätzt. Und auch wenn man nur die verhängten Bußgelder für die prominentesten Kartellverfahren der vergangenen Jahre nimmt, waren diese allesamt höher als der Etat der deutschen Kartellwächter.

Zahl der Woche

27

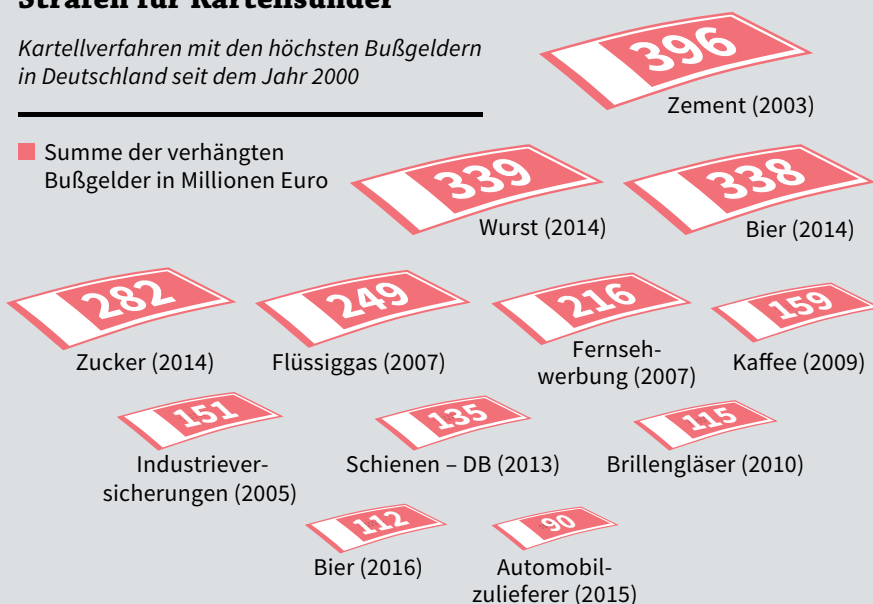
Prozent

der Bundesbürger kennen persönlich jemanden, der schwarzarbeitet. Doch nur 2 Prozent geben zu, selbst Schwarzarbeit geleistet zu haben. Mit diesem großen Unterschied stehen die Deutschen nicht alleine da, wie eine IW-Studie auf Basis einer Eurobarometer-Umfrage zeigt: Im EU-Durchschnitt bezeichnen sich lediglich 4 Prozent der Befragten als Schwarzarbeiter, aber 32 Prozent kennen wenigstens eine Person, die am Staat vorbeiwirtschaftet. Am höchsten ist dieser Anteil mit 59 Prozent in Dänemark, am niedrigsten in Großbritannien (15 Prozent). Die tatsächliche Zahl der Schwarzarbeiter ist jedoch schwer zu ermitteln. In Deutschland würden dem Eurobarometer zufolge nur 1,3 Millionen Menschen schwarzarbeiten. Frühere Umfragen, die besonderen Wert auf Anonymität legten, kamen dagegen auf 13 Millionen.

Strafen für Kartellsünder

Kartellverfahren mit den höchsten Bußgeldern in Deutschland seit dem Jahr 2000

■ Summe der verhängten Bußgelder in Millionen Euro



Ursprungsdaten: Bundeskartellamt
© 2017 IW Medien / iwd

iw Institut der deutschen
Wirtschaft Köln



iwd.de/schwarzarbeit